

# PLENUM



## Der SPD Bundestags- Newsletter für Mittelfranken

01 / 2020

### Themen dieser Ausgabe:

#### **75. JAHRESTAG DER BEFREIUNG VON AUSCHWITZ:**

Bundestag gedenkt am 29. Januar im Beisein des israelischen Präsidenten Reuven Rivlin der Opfer des Nationalsozialismus.

#### **ABSCHIED NACH 14 JAHREN:**

Martin Burkert verlässt den Bundestag und wechselt zur Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft.

#### **VERSANDHANDELSVERBOT FÜR RX-ARZNEIMITTEL:**

Petitionsausschuss des Bundestages berät über ein Versandverbot für verschreibungspflichtige Arzneimittel.

#### **UMGANG MIT NITRATEN:**

In Deutschland ist zu viel Nitrat in den Böden. Die Landwirtschaft soll zur Anpassung an die Verschärfung des Düngerechts eine Milliarde Euro erhalten.

Herausgeber: Der Newsletter Plenum ist ein Gemeinschaftsprojekt der Bundestagsabgeordneten Martina Stamm-Fibich, Gabriela Heinrich und Carsten Träger. Für den Inhalt sind die Mandatsträger verantwortlich. Die aktuellen Datenschutzbestimmungen finden Sie auf den jeweiligen Internetseiten der Abgeordneten. Der Newsletter enthält Links zu anderen Websites. Diese Verlinkungen sind in der Regel als solche gekennzeichnet. Die Abgeordneten haben keinen Einfluss darauf, inwieweit auf den verlinkten Webseiten die geltenden Datenschutzbestimmungen eingehalten werden.



Zeit für mehr  
Gerechtigkeit.

## „Wir vergessen nicht, was geschehen ist“

Vor 75 Jahren befreiten sowjetische Truppen das Vernichtungslager Auschwitz. Der Bundestag hat deshalb am 29. Januar im Beisein des israelischen Präsidenten Reuven Rivlin der Opfer des Nationalsozialismus gedacht.

„Dass ein israelischer Präsident die schmerzhaften Schritte der Erinnerung gemeinsam mit einem Deutschen geht, dass ein israelischer Präsident an diesem Tag in diesem Hause spricht, im Herzen unserer Republik, das erfüllt mich mit tiefer Demut“, würdigte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die Geste Rivlins, im Bundestag zu sprechen.

„Wir gedenken der Millionen Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen: der europäischen Juden, der Sinti und Roma, der slawischen Völker, die zu ‚Untermenschen‘ degradiert wurden, der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, der Kriegsgefangenen und aller dem Hungertod Ausgelieferten“, hatte Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble die Gedenkstunde eröffnet. „Wir erinnern an die aus politischen Gründen oder religiösen Motiven Verfolgten und Ermordeten, an diejenigen, die sich mutig dem NS-Regime widersetzen, die ihre Menschlichkeit bewahrten und das mit dem Leben bezahlten. Wir erinnern an das Leid von Homosexuellen, an die Menschen mit Behinderungen und an das Schicksal der als ‚Asoziale‘ Ausgestoßenen. Wir denken auch an all jene, die dem Tod zwar entkommen konnten, aber seelisch zerbrochen sind. Und an die Nachkommen, die bis heute vom Trauma des Holocaust gezeichnet sind.“



Die Abgeordneten des Deutschen Bundestags, der Präsident des Bundesrates, Dietmar Woidke, Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble, Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, seine Frau Elke Büdenbender, Bundeskanzlerin Angela Merkel und der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes Andreas Voßkuhle applaudieren bei der Gedenkveranstaltung an die Opfer des Nationalsozialismus dem Präsidenten des Staates Israel, Reuven Rivlin.

Bild: © Deutscher Bundestag / Marco Urban

Dass das Erinnern heute so wichtig ist wie je machte Steinmeier eindringlich klar. „Wir waren uns einig über die Lehren der Vergangenheit und eine Erinnerungskultur, die es gemeinsam zu pflegen galt“, sagte er. „Ich wünschte, ich könnte mit Überzeugung sagen: Wir Deutsche haben verstanden. Doch wie kann ich das sagen, wenn Hass und Hetze sich ausbreiten?“

Präsident Rivlin verwies auf die herausragende Bedeutung Deutschlands für die Erinnerung an den Holocaust und den Kampf gegen Antisemitismus. „Derselbe Staat, der der Schrecken der freien Welt geworden war,

ist nun ein Leuchtturm geworden für demokratische Verantwortung, Liberalismus und moderate Kräfte“, so Rivlin. „Die ganze Welt richtet ihren Blick auf Deutschland“, sagte er. „Deutschland darf hier nicht versagen. Wenn Deutschland bei diesem Versuch scheitert, wird er überall in der Welt zum Scheitern verurteilt sein. Wenn Juden hier nicht frei leben können, werden sie nirgendwo auf der Welt angstfrei leben können.“

Unsere Verantwortung hat keinen Schlusspunkt. Wir vergessen nicht – und kämpfen dafür, dass sich Ähnliches nie wiederholt.



Gabriela Heinrich | Wahlkreis Nürnberg Nord

✉ [gabriela.heinrich@bundestag.de](mailto:gabriela.heinrich@bundestag.de)

☎ 030 - 227 758 44

🌐 [www.gabriela-heinrich.de](http://www.gabriela-heinrich.de)

📘 [facebook.com/heinrichgabriela](https://facebook.com/heinrichgabriela)

**SPD**

Zeit für mehr  
Gerechtigkeit.

# Verabschiedung von Martin Burkert

Die vergangene Sitzungswoche hatte für uns mittelfränkische Bundestagsabgeordnete auch ein wehmütiges Ereignis: Nach mehr als 14 Jahren im Bundestag verlässt uns Martin Burkert, unser geschätzter Kollege aus dem Wahlkreis Nürnberg-Süd, da das Mandat zeitlich nicht mit seinem neuen Amt als stellvertretender Vorsitzender der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) zu vereinbaren ist.

Zum Abschied im Bundestag gab es viele Ansprachen, viele Umarmungen und es wurden auch feuchte Augen gesehen. Das langjährige Wirken von Martin als Verkehrspolitiker – viele Jahre davon als Vorsitzender des Verkehrsausschusses – wurde partiübergreifend gewürdigt. Das machten auch die vielen Kolleginnen und Kollegen aus anderen Fraktionen und hochrangige Gäste wie der SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich deutlich. Letzterer dankte Martin auch im Namen der ganzen Fraktion für seinen langjährigen Einsatz.

In Mittelfranken hat Martin viel bewegt und steht hinter zahlreichen für die Region wichtigen Verkehrsprojekten – bis hin zum Lärmschutz vor Ort. Gleichzeitig hat er als Vorsitzender der Landesgruppe Bayern in der SPD-Bundestagsfraktion die bayerischen SPD-Bundestagsabgeordneten zusammengehalten. Auch wir Mittelfranken bedanken uns an dieser Stelle nochmal ganz herzlich bei Martin.

Wir werden Dich vermissen – in Nürnberg, in Mittelfranken und in Berlin! Gleichzeitig wünschen wir ihm im neuen Amt natürlich alles Gute. Er gehört der Gewerkschaft bereits seit 39 Jahren an und wird sich auch weiterhin für



den Schienenverkehr und den öffentlichen Personennahverkehr einsetzen.

Die vergangene Sitzungswoche war auch mit Martins letzter Rede im Bundestag verbunden. Es war ein guter Anlass und Abschluss, denn es ging um die Novelle des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG). Für die kommunale Schieneninfrastruktur stellen wir damit 6,6 Milliarden Euro bis einschließlich 2025 zur Verfügung. Allein in diesem Jahr verdoppeln wir die Mittel auf 665 Millionen Euro. Damit lassen sich alte Bahnstrecken wieder reaktivieren und Bahn-

höfe und Schienenanlagen erneuern. Und natürlich kann damit auch vor Ort in neue Vorhaben investiert werden. Für die kommenden Jahre hat die SPD 4,6 Milliarden Euro zusätzlich für den kommunalen Schienenverkehr herausgeholt – auch dazu hat Martin beigetragen.

Lieber Martin, ich wünsche Dir auch im Namen von Martina und Carsten für Deine neue Tätigkeit bei der EVG allen nur erdenklichen Erfolg!



Martina Stamm-Fibich | Wahlkreis Erlangen

✉ [martina.stamm-fibich@bundestag.de](mailto:martina.stamm-fibich@bundestag.de)

☎ 030 - 227 774 22

🌐 [www.stamm-fibich.de](http://www.stamm-fibich.de)

📘 [facebook.com/martina.stammfibich](https://www.facebook.com/martina.stammfibich)

**SPD**

Zeit für mehr  
Gerechtigkeit.

# Petitionsausschuss befasst sich mit Versandverbot für verschreibungspflichtige Arzneimittel

Wie ein Verbot rechtssicher umgesetzt werden soll, vermochten weder der Petent noch sein pharmakundiger Anwalt zu erklären.

Es wird aller Voraussicht nach kein Versandhandelsverbot für verschreibungspflichtige Medikamente geben (Rx-Versandhandels-Verbot). Dies schien bei der öffentlichen Anhörung der Petition von Pharmaziestudent Benedikt Bühler allerdings nicht jeder wahrhaben zu wollen.

Rechtlich ist ein Verbot praktisch unmöglich, wie Gesundheitsminister Jens Spahn feststellte. Wirklich wünschenswert ist es aber für uns ebenfalls nicht, da Patienten durchaus vom Versandhandel profitieren.

Inwieweit den deutschen Patientinnen und Patienten mit einem generellen Verbot gedient wäre, konnte vonseiten des Petenten nicht schlüssig ausgeführt werden.

## Studie soll Klarheit bringen

Ungewiss ist derzeit welche anderen Regelungen in Betracht kommen, um die wohnortnahe Apothekenversorgung zu stärken und die bestehende Inländerdiskriminierung deutscher Apotheken zu beenden. Ein mögliches Verbot von Boni auf Rx-Arzneimittel wurde bereits vom EuGH gekippt. Gleichzeitig widersetzt sich die Union den Vorschlägen zu einem Rx-Boni-Deckel aus der SPD-Bundestagsfraktion.



So gestand auch Minister Spahn bereitwillig ein, dass es im Gesundheitsministerium seit Jahren versäumt wurde Studien zur Preisbindung in Auftrag zu geben. Dies sei nun geschehen.

Wir hoffen nun, dass das Ministerium zeitnah Schritte einleitet um die bestehende Ungleichbehandlung zu beenden.

## Eine faire Versorgung gewährleisten

Für uns ist wichtig, dass die flächendeckende Versorgung in Deutschland nicht gefährdet wird. Bei einem Anteil der Versandapotheken am Handel mit verschreibungspflichtigen Medikamenten von rund 1%

sind diese aber keine Gefahr für herkömmliche Apotheken. Viel mehr ergänzt das Angebot der Versandapotheken die bestehenden Strukturen und bietet neue Möglichkeiten, gerade für chronisch kranke Patienten.

Hierbei ist es aber genauso wichtig, dass wir dafür Sorge tragen, dass auch Medikamente aus dem Versandhandel genauso bedenkenlos eingenommen werden können. Gerade Temperaturschwankungen bei der Lieferung von Medikamenten, die nicht strengen Regularien – wie der verpflichtenden Einhaltung einer Kühlkette – unterliegen, sind ein Problem, dem bisher wenig Aufmerksamkeit gezollt wurde.



Carsten Träger | Wahlkreis Fürth

✉ [carsten.traeger@bundestag.de](mailto:carsten.traeger@bundestag.de)

☎ 030 - 227 778 01

🌐 [www.carsten-traeger.de](http://www.carsten-traeger.de)

📘 [facebook.com/carstentraegermdb](https://www.facebook.com/carstentraegermdb)

**SPD**

Zeit für mehr  
Gerechtigkeit.

# Nitrat: Nicht nur Symptome bekämpfen

In Deutschland ist zu viel Nitrat in den Böden. Die Landwirtschaft soll zur Anpassung an die Verschärfung des Düngerechts eine Milliarde Euro erhalten. Daneben brauchen wir eine gezielte Förderung nachhaltiger Produktionsweisen.



## Eine Milliarde Euro für die Landwirtschaft

Der Koalitionsausschuss hat diese Woche beschlossen, dass die Landwirtschaft die nächsten 4 Jahre eine Milliarde Euro bekommt. Damit sollen die Folgen der notwendigen Verschärfung des Düngerechts abgepuffert werden. Doch wieso musste es erst so weit kommen?

## Deutschland verstößt gegen die Nitratrichtlinie

Seit 2007 verstößt Deutschland gegen die EU-Nitratrichtlinie. Sie schreibt vor, dass gemäß den Vorgaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO),

Grundwasser nicht mit mehr als 50 mg/l Nitrat belastet sein darf. Gut ein Viertel des Grundwassers ist vor allen in Regionen mit vielen Nutztieren belastet.

Der Europäische Gerichtshof hat höchstrichterlich nach Klage der EU-Kommission geurteilt, dass Deutschland nach wie vor kein wirksames Düngerecht hat.

## Es drohen Strafge­lder und höhere Wasserpreise

Nun muss bis Mitte 2020 ein schärferes Düngerecht eingeführt werden. Das schreiben die europäischen Verträge so vor. Es drohen sonst Strafge­lder von bis zu 860.000 Euro. Pro Tag!

Hinzu kommt, dass die Aufbereitung unseres Trinkwassers immer aufwendig und damit teurer wird. Nach Berechnungen der Wasserversorger könnte die Jahresendrechnung für einen 3-Personenhaushalt um über 60 Prozent bzw. knapp 140 Euro im Jahr steigen.

## Wir brauchen gezielte Förderung nachhaltiger Landwirtschaft

Vor diesem Hintergrund muss mehr geschehen, als eine weitere Milliarde Euro der Landwirtschaft zu geben.

Wir unterstützen Landwirte gerne darin, in neue Umweltmaßnahmen zu investieren. Und ja, es gibt Regionen in Deutschland, in denen es zu viele Tiere gibt. Doch ganz Deutschland muss nun die Rechnung dafür zahlen. Daher muss das Geld an diejenigen gehen, die bereit sind, den Schritt in eine nachhaltige Zukunft zu gehen. Wir brauchen es jedenfalls nicht mehr mit der Gießkanne verteilen.

Wir können nicht von anderen Staaten Rechtsstaatlichkeit fordern, wenn wir selbst Urteile des Europäischen Gerichtshofs nicht beachten. Hier muss ein Umdenken einsetzen. Davon würden Europa und unserer Rechtsstaat gleichermaßen profitieren.